

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

30. August – 05. September 2025

Vor der anstehenden Vertrauensfrage im Parlament am Montag, dem 8. September hat sich Premierminister François Bayrou erneut zur Situation geäußert. In einem Radiointerview rechtfertigte Bayrou das von ihm geforderte Vertrauensvotum mit dem Wunsch, einer sich seiner Ansicht nach anbahnenden Konfrontation zwischen den Franzosen und den politischen Verantwortlichen im Rahmen der Haushaltsdebatten ein Ende zu setzen. Bayrou dazu wörtlich: „Man ließ die Franzosen glauben, dass ‚die Macht‘ sie ignoriere und ihnen nur das Geld aus der Tasche ziehen und sie zur Arbeit zwingen wolle – dass es ‚wir gegen sie‘ sei, ‚die Mächtigen gegen das Volk‘.“ Der Premierminister rief zudem dazu auf, sich bei der Zusammensetzung der zukünftigen Regierung auf „das gesamte republikanische Fundament“ zu stützen.

Bruno Retailleau, Vorsitzender der *Républicains* (LR), widerspricht Laurent Wauquiez, dem Fraktionschef der LR, der gesagt hatte, die Partei würde eine sozialistische Regierung nicht automatisch ablehnen oder stürzen. Seit Mitte der Woche spekuliert man in Politik und Medien, dass Olivier Faure, der Vorsitzende der Sozialisten, von Emmanuel Macron als Nachfolger von Premierminister François Bayrou ernannt werden könnte, sollte diesem am kommenden Montag das Misstrauen im Parlament ausgesprochen werden. Wauquiez betonte, man wolle politische Stabilität sichern und deshalb nicht sofort gegen eine mögliche Regierung unter Sozialisten vorgehen. Retailleau widersprach jedoch entschieden: Die Partei werde keinesfalls zulassen, dass die Linke an die Macht kommt. Sollte eine sozialistische Regierung eine Politik verfolgen, die den Interessen Frankreichs schadet, werde man diese bekämpfen, auch durch eine mögliche Misstrauensabstimmung. Es gibt also keinen Freifahrtschein für eine sozialistische Regierung. Damit macht Retailleau deutlich, dass die *Républicains* sich gegen eine sozialistische Regierung stellen und den Druck auf Präsident Macron erhöhen wollen, um eine Ernennung Faures zum Premierminister zu verhindern.

Am 4. September 2025 fand im Élysée-Palast in Paris eine Videokonferenz der sogenannten „Koalition der Willigen“ zur Unterstützung der Ukraine statt. Die europäischen Länder versprachen der Ukraine Sicherheitsgarantien, um eine neue russische Aggression zu verhindern, und planen den Aufbau einer Bodentruppe aus 26 Staaten, die im Rahmen eines Waffenstillstands an noch festzulegenden Orten (nicht an der Frontlinie) eingesetzt werden soll. Dazu bedürfe es aber zunächst einmal einen Waffenstillstand. Kanzler Merz sagte zu, die ukrainische Luftverteidigung sowie deren offensive Fähigkeiten zu stärken. Bei einem möglichen Engagement von deutschen Truppen zeigte er sich zurückhaltend und betonte, dass Deutschland erst über einen Einsatz von Bodentruppen entscheiden werde, wenn die Rahmenbedingungen, d.h. der Waffenstillstand und die Rolle der USA, geklärt seien. Auch vor diesem Hintergrund führten Emmanuel Macron, Präsident Wolodymyr Selenskyj sowie Keir Starmer, Friedrich Merz und Giorgia Meloni ein Telefonat mit dem US-Präsidenten Donald Trump, um Klarheit über die militärische Unterstützung der USA für die Ukraine zu gewinnen. Eine verbindliche Zusage vonseiten der USA blieb jedoch aus. Selenskyj betonte, dass die europäischen Garantien allein nicht ausreichen und eine starke Allianz mit den USA notwendig ist, um Russland wirksam abzuschrecken.

Der israelische Außenminister Gideon Saar erklärte am 4. September, dass ein Besuch Emmanuel Macrons in Israel nicht möglich sein werde, solange dieser an seiner Entscheidung festhalte, einen palästinensischen Staat anzuerkennen. In einem Gespräch mit dem französischen Außenminister Jean-Noël Barrot forderte Saar Frankreich auf, diese Initiative zu überdenken. Saar warf Macron zudem vor, sich von außen in den Konflikt einzumischen, ohne Teil davon zu sein, und die Realität vor Ort seit dem 7. Oktober zu ignorieren. Aus israelischer Sicht käme die Anerkennung eines palästinensischen Staates einer Belohnung für die Terrororganisation Hamas gleich, während Macron das Ziel verfolgt, international Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung zu mobilisieren, die beiden Völkern gerecht werde.

Trotz politischer Unsicherheiten und angespannter Haushaltslage stieß die französische Staatsanleihen-Auktion am 4. September auf großes Interesse. Laut Agence France Trésor, der französischen Behörde für Staatsverschuldung und Staatskasse, wurden zehnjährige Anleihen im Umfang von 7,3 Milliarden Euro platziert, während die Nachfrage mit 15,8 Milliarden Euro mehr als doppelt so hoch ausfiel. Auch bei den dreißigjährigen Anleihen zeigte sich das Vertrauen der Investoren: Hier wurden Papiere im Wert von 1,8 Milliarden Euro verkauft, bei einer Nachfrage von 4,8

Milliarden Euro. Die Auktion stand unter besonderer Beobachtung, da Premierminister François Bayrou und seine Regierung voraussichtlich am kommenden Montag das Misstrauen des Parlaments erwarten, was an den Märkten Befürchtungen einer politischen Krise auslöst. Nach einem zu Wochenbeginn kurzfristig gestiegenen Zinsniveau sanken die Renditen leicht: Die zehnjährigen Anleihen notierten bei 3,50 %, die dreißigjährigen bei 4,40 %.

Frankreich hat seinen Ton gegenüber dem umstrittenen EU-Mercosur-Abkommen gemildert. Nach der Aufnahme zusätzlicher Schutzklauseln für sensible Agrarprodukte durch die europäische Kommission am 4. September, spricht die Regierung von einem Schritt „in die richtige Richtung“. Paris prüft jedoch noch die Robustheit der Maßnahmen und behält sich vor, das Abkommen weiterhin zu blockieren. Gleichzeitig sucht Frankreich angesichts des internationalen Handelskonflikts neue Absatzmärkte – auch im Mercosur.

In Marseille wurde am 2. September 2025 ein 35-jähriger Tunesier von der Polizei erschossen, nachdem er bei einer Messerattacke fünf Menschen verletzt hatte. Laut Angaben der Staatsanwaltschaft kam es zu dem Vorfall, nachdem der Mann aus einem Hotel verwiesen worden war, weil er seine ausstehenden Zahlungen nicht beglichen hatte. In der Folge bedrohte er Passanten sowie eine zivile Polizeistreife mit Messern und einer Eisenstange. Die Beamten gaben daraufhin sechs Schüsse ab, von denen fünf den Angreifer tödlich trafen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft war der Mann wegen Gewaltdelikten vorbestraft, litt unter Suchtproblemen und psychischen Erkrankungen, galt jedoch nicht als radikalisiert. Die tunesische Regierung bezeichnete die Tötung als „ungerechtfertigten Mord“ und forderte von Frankreich eine rasche und lückenlose Aufklärung des Vorfalls. Das Außenministerium in Tunis bestellte den französischen Geschäftsträger ein und kündigte an, alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Rechte des Verstorbenen und seiner Familie zu ergreifen.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Fabien Mandon, bislang Chef des besonderen Stabs von Emmanuel Macron, wurde von diesem ab 1. September 2025 zum Generalstabschef der französischen Streitkräfte ernannt. Er tritt damit die Nachfolge von Thierry Burkhard an, der diese Position seit dem 22. Juli 2021 innehatte. Im Élysée diente Mandon als Verbindung zwischen dem Staatsoberhaupt und den Streitkräften. Seine militärische Laufbahn umfasst rund hundert Kriegseinsätze, unter anderem in Ländern wie dem Tschad, der Demokratischen Republik Kongo und Afghanistan. Im Anschluss übernahm er die Führung des strategisch bedeutenden Luftwaffenstützpunkts Avord, wo er etwa 7.000 Soldaten kommandierte. Seitdem stieg er kontinuierlich in der militärischen Rangordnung auf. Mandon ist der erste Luftwaffenoffizier seit General Jean-Philippe Douin (1995–1998), der zum Generalstabschef der Streitkräfte ernannt wurde. Seine Ernennung wird auch als symbolische Aufwertung der Luftwaffe gewertet, nachdem diese Position zuletzt überwiegend von Offizieren des Heeres und der Marine besetzt war.

DIE ZAHL DER WOCHE

1/4

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
			1

Eine neue Studie des Dachverbands der Krankenkassen (Mutualité française), des Think Tanks Institut Montaigne und des Instituts Terram zeigt, dass etwa **ein Viertel** der 15- bis 29-jährigen in Frankreich an Depressionen leidet. Besonders stark betroffen sind junge Frauen (27 % vs. 22 % bei den Männern) sowie Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen. Fast jeder zweite Jugendliche, der in großer Armut lebt, ist betroffen. Die Untersuchung macht zudem soziale und regionale Unterschiede sichtbar: In den Überseegebieten ist die Rate deutlich höher, mit bis zu 52 % in Guyana, als auf dem Festland (zwischen 19 % und 28 %). Weitere belastende Faktoren sind unsichere Arbeitsverhältnisse, instabile Familienstrukturen, beengte Wohnverhältnisse sowie der intensive Gebrauch sozialer Netzwerke, Schul- und Cybermobbing. Trotz des Leidensdrucks nehmen junge Menschen selten professionelle Hilfe in Anspruch – oft aus Angst vor Stigmatisierung oder aufgrund fehlender Informationen.